

Rücksendung an:

Regierungspräsidium Darmstadt

Dezernat III 33.3
 Wilhelminenstraße 1 - 3
 64283 Darmstadt



Az.: III 33.3 - Team Schallschutz

Antrag

- auf Erstattung von Aufwendungen für bauliche (passive) Schallschutzmaßnahmen nach §§ 9, 10 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (BGBl. I, 2007, S. 2550)
 (Für jedes Wohnhaus bzw. für jede Eigentumswohnung ist ein gesonderter Antrag zu stellen)
- auf Zuschuss für passive Schallschutzmaßnahmen nach dem Regionalfondsgesetz vom 27. Juni 2012 (GVBl. vom 9. Juli 2012)
Erläuterungen: Soweit Sie Mittel nach dem Regionalfondsgesetz beantragen, fügen Sie diesem Antrag bitte eine Kurzbeschreibung des Vorhabens bei. Förderungswürdig sind nur Maßnahmen, die nach dem 13.10.2011 durchgeführt wurden.

1. Antragstellerin / Antragsteller

Name(n), Vorname(n) oder Firmenname		
Straße, Haus-Nr.		
Postleitzahl, Ort (Ortsteil)		
Telefon (privat)	Telefon (mobil oder dienstlich)	E-Mail-Adresse
BiC-Code: _____ IBAN: _____		
Kontoinhaber (falls vom Antragsteller abweichend) _____		
<input type="checkbox"/> Bevollmächtigte(r) <input type="checkbox"/> Verwalter(in) einer Wohnungseigentümergeinschaft (bitte Vollmacht bzw. Bestellung beilegen)		
Name, Anschrift: _____		

2. Angaben zur Art und Lage des Anwesens

<input type="checkbox"/> Einfamilienhaus <input type="checkbox"/> Mehrfamilienhaus/Anzahl Wohneinheiten ____		<input type="checkbox"/> Eigentumswohnung <input type="checkbox"/> sonst. Gebäude mit Wohnnutzung															
Straße, Haus-Nr.		Lage/Geschoss, evtl. Wohnungs-Nr.															
Postleitzahl, Ort (Ortsteil)																	
Gemarkung		Flur-Nr. und Flurstück															
(Erbbau-) Grundbuch von		Band und Blatt															
Am Schallschutzprogramm gemäß Bescheid des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 26.04.2001 / 25.11.2002 (Schallschutzprogramm der Fraport AG) teilgenommen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein																	
Bei früherer Antragstellung an Fraport bitte Ord.-Nr. angeben - falls bekannt:																	
<table border="1" style="width: 100%; height: 20px; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> </table>																	

3. Angaben zur Immobilie

Die Immobilie wurde im Jahr _____ errichtet.

Der Bau wurde mit dem Baubescheid der Stadt / Gemeinde / Kreis

vom _____ genehmigt.

Danach wurden folgende bauliche Änderungen / Nutzungsänderungen vorgenommen:

1. Maßnahme (z. B. Anbau, Umbau, Ausbau)	Zeitpunkt der Durchführung	Datum der Baugenehmigung
_____	_____	_____
2. Maßnahme (z. B. Anbau, Umbau, Ausbau)	Zeitpunkt der Durchführung	Datum der Baugenehmigung
_____	_____	_____
Angaben über evtl. weitere Baumaßnahmen bitte auf gesondertem Blatt anfügen!		

Ist die Immobilie vermietet?

ja

nein

Name/n des Mieters / der Mieter

Ist die Immobilie ein Fertighaus / Teil eines Fertighauses?

ja

nein

Steht die Immobilie unter Denkmalschutz?

ja

nein

4. Anlagen

Zur Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen sind folgende Unterlagen beizufügen:

(evtl. Ansprechpartner / jeweilige Baubehörde - siehe beigelegte Liste)

- Auszug Baugenehmigung** (in Kopie) oder entsprechender Nachweis einer Baubehörde (z.B. Stempel, Bestätigung etc.)
(mit Genehmigungsvermerk, Ausstellungsdatum und sämtlichen Auflagen, insbesondere Schallschutzmaßnahmen)
- Auszug Baugenehmigung bei Änderungen** (in Kopie)
(für nachträgliche bauliche Änderungen/Nutzungsänderungen wie z.B. Dachausbauten, sonstige Ausbauten
- mit den genehmigten Plänen und sämtlichen Auflagen)
- Baubeschreibung** (in Kopie) - soweit vorhanden -
(detaillierte Beschreibung des Objekts: Art der Bauausführung, der verbauten Materialien, bauphysikal. Berechnung, etc.
- die Baubeschreibung ist i.d.R. Bestandteil des Bauantrags, des Bau- oder Kaufvertrages bzw. der Kreditunterlagen)
- Genehmigte Baupläne** (in Kopie)
(Grundrisse, Gebäudeschnitte und Ansichten)

- Bei denkmalgeschützter Immobilie:
Nachweis über vorhandenen Denkmalschutz mit den erforderlichen Auflagen
- Sollten Sie keine Baugenehmigungen und Baupläne vorlegen können, ist eine entsprechende Bestätigung des zuständigen Bauamtes beizufügen, dass auch dort keine Unterlagen mehr bestehen. ⇒ Für diesen Fall vorzulegen: Skizzen der Geschossgrundrisse mit Maßangaben, Angaben zur Geschosshöhe und der jeweiligen Raumnutzung.
- Wohnflächenberechnung nach Wohnflächenverordnung vom 25.11.2003 - BGBl. I, S. 2346 (soweit vorhanden)

Bei Bedarf können weitere Angaben und Unterlagen angefordert werden, insbesondere Informationen über den vorhandenen und erforderlichen baulichen Schallschutz. Kosten für die Beschaffung der Unterlagen werden mit einer Pauschale von 10,00 Euro erstattet; diese Nebenleistung wird auf den erstattungsfähigen Höchstbetrag angerechnet.

5. Angaben zu Bestand und aktueller Nutzung der Immobilie

Gemeldete Personen, die das Wohnobjekt dauerhaft bewohnen: Anzahl _____

Hinweis: Soweit Ihre Immobilie ausschließlich in der Nachtschutzzone liegt, sind hier nur Angaben zu den Schlafräumen erforderlich.

Stockwerk Raum-Nr.	Aktuelle Raumnutzung	Anzahl, Art, Größe und Alter der Fenster (Einfach-/Doppelverglasung) Rahmenmaterial (Holz, Alu, etc.) Rollladenkästen (vorhanden, gedämmt, Dämm-Material)	Art und Aufbau der Umfassungsbauteile, Wandstärke und Material (Außenwände, z.B. Mauerwerk, Beton, Holz) Dachaufbau, gedämmt (z.B. Polystyrol o. Mineralwolle) oder ungedämmt

6. Hinweise zum Antrag und zum Datenschutz

Es wird darauf hingewiesen, dass der Erstattungsanspruch entfallen kann, wenn die Gebäude bzw. Wohnungen nicht nach den jeweils geltenden bauordnungsrechtlichen Bestimmungen und / oder den Festlegungen in der Baugenehmigung erstellt wurden.

Wichtiger Hinweis bei Wohnungseigentum: Wohnungseigentümer und Verwalter dürfen die Maßnahmen des baulichen Schallschutzes nur unter den geltenden gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere des Wohnungseigentumsgesetzes, durchführen. Das Regierungspräsidium Darmstadt prüft lediglich, ob die Voraussetzungen nach dem Fluglärmschutz vorliegen. Die zivilrechtliche Berechtigung zur Durchführung der Maßnahme wird nicht überprüft, diese liegt in der alleinigen Verantwortung der Antragstellerin / des Antragstellers. Eine Erstattung von Aufwendungen kann nur im Falle der tatsächlichen Durchführung der Maßnahme erfolgen.

Das Regierungspräsidium Darmstadt wickelt das Schallschutzprogramm EDV-unterstützt ab. Die im Zusammenhang mit diesem Antrag zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten werden entsprechend den Bestimmungen des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG - GVBl. 1999 Teil I S. 98) sowie des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm nur zum Zweck der Abwicklung des Schallschutzprogramms verarbeitet und aufbewahrt. Nach diesen Vorschriften übermitteln wir Ihren Namen und Ihre Anschrift an die Fraport AG und erheben dort ggf. Daten, um zu überprüfen, ob eine Erstattung wegen Teilnahme am Schallschutzprogramm der Fraport AG ausgeschlossen ist. Soweit es für die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Fraport AG erforderlich ist, übermitteln wir dieser weitere Daten. Sollte es zur Antragsprüfung notwendig sein, geben wir Ihre Daten ggf. an das Amt für Denkmalschutz. Sie haben die Rechte nach § 8 HDSG.

Ihre Angaben sind freiwillig. Wenn Sie die in diesem Antragsformular vorgesehenen Angaben verweigern, kann Ihr Antrag ggf. nicht abschließend bearbeitet werden.

Nähere Informationen zum Verfahren können Sie der Homepage des Regierungspräsidiums Darmstadt - www.rp-darmstadt.hessen.de - entnehmen.

Ort, Datum

Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben. Mir ist bekannt, dass eine Rückforderung eines bereits ausgezahlten Zuschusses nach den Vorschriften der §§ 48,49 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgen kann, wenn die Bewilligung durch unwahre Angaben zustande gekommen ist oder die gewährten Mittel nicht für die anerkannten Maßnahmen verwendet wurden. Eine Berufung auf Vertrauensschutz ist in diesem Fall ausgeschlossen.

Unterschrift(en) Antragstellerinnen / Antragsteller - ggf. Bevollmächtigte(r), Verwalter(in)
